

Dresdner Volkszeitung

Postkonten: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Veranstalt: Gebr. Arnhold, Dresden undächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenstadt und Dresden-Altsadt

Bezugspreis einschließlich Frangoslohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettlinerplatz 10, Telefon 26 261. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettlinerplatz 10, Telefon 26 261. Geschäftzeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenspreis. Grundpreise: die 20 mm breite Reklamenspalte 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamenspalte 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellenanzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Briefverteilung 10 Goldpf.

Nr. 124

Dresden, Mittwoch den 28. Mai 1924

35. Jahrg.

Der niederträchtigste Spieler

Der Vorhang hebt sich, das Spiel beginnt. Spektakel im Reichstag, so lautet die Senation der nächsten Tage und Wochen. Tolles sieht uns bevor, weil das deutsche Volk am 4. Mai die Kräfte der Reaktion nicht aufs Haupt schlug, sondern weitestgehenden die extremen Parteien der Zerfahrenheit und der Diktatur rechts und links stärkte, so daß die Drahtzieher zum Ruin der Republik und zur Verrichtung der Wiederkehr des Alten gute Tage haben.

Im Reichstage agieren sie „im Namen des Volkes“ — und eine mächtige bürgerliche Presse verleiht ihrem Spiel den Resonanzboden in den Volksmassen. Im Wallotbau wären die Selben kaum gefährlich, erst die wohlorganisierte kapitalistische Presse verleiht ihrem Treiben den Giftkouch.

Ohne nationalistische Presse säne der ganze Spuk kraftlos zusammen.

Wenn das schaffende Volk in seinen breiten Massen erst begriffen hätte, welches gewaltige Machtinstrument die feile bürgerliche Presse für Kapitalismus, Volksausbeutung und Reaktion darstellt, es würde nichts Dringenderes kennen als aufzuräumen mit jeglicher Unterstützung und Fütterung des Reptils.

Die Not zehrt am Mark des Volkes. Der Notkampf um den Achtstundentag muß ausgefochten werden. Im Verhandlungsbereich, die andern Industrien folgen. Die Niederlage der einen ist die Niederlage aller. Nicht eine einzige bürgerliche Zeitung steht auf Seiten der Schaffenden. Diese Lasten allein müßte jeden Arbeitenden aufzutreiben, seine ganze Kraft und Mühsigkeit zur Stärkung der sozialdemokratischen Presse einzusetzen.

Wer weiter. Die Gefahr einer Rechtsregierung wird von der Presse der Rechts- und Mittelparteien planmäßig verleiht und vertuscht. Unter dem Schlagwort der „nationalen Belange“ treiben sie das deutsche Volk neuen Konflikten entgegen, weil unter dem Druck kriegerischer Gefahren die Diktatur über das eigene Volk am besten gedeiht. Die nationalistische Presse ist das Haupthindernis zur Erzielung der Verständigung über Reparationen, Wiederaufbau und Sicherung des Friedens.

Und dann die Angelegenheiten des Mittags. Welch abgefeimte Kaktus der gesamten bürgerlichen Presse, das Volk zu füttern mit leichtest Sensationen, aufgeschauelten Allermeldsachrichten, abernem Geschwätz über das Gehebe der „guten Gesellschaft“. Das alles geschieht planmäßig und bewußt zu dem nichtswürdigen Zwecke, das schaffende Volk von seinen wichtigsten Lebensfragen abzulenken. Die bürgerliche Zeitung ist das Versimpelungs-, das Verdummungsinstrument.

Genau so wie früher wird jetzt wieder vor den Mächtigen gefaxbuckelt, die Autorität gezüchtet, die Ordnungsgewalt erhöht. Nicht eine bürgerliche Zeitung kritisiert das nationalistische Treiben der Reichswehr, die Annahmen der neuen Herren der Polizei, die skandalösen Vorkommnisse bei den „Ordnungsbehörden“, das schamlose Walken der Justiz. Umgekehrt: wo noch ein Rest von Demokratie in der Verwaltung vorhanden, ein Sozialdemokrat noch nicht abgebaut ist, wird mit allen Mitteln gerissener Schikane dagegen gewütet. Die bürgerliche Presse spielt die Rolle der losgelassenen Meute in der Sezjagd gegen Demokratie und Fortschritt.

Vor allem aber ist es die Sozialdemokratie, die jetzt wieder als vogelfrei gelten soll. Man hat erkannt, daß sich in der Sozialdemokratie die Kräfte verkörpern, die das soziale Machträngen des gesamten schaffenden Volkes zusammenfassen. Von der „Gefährlichkeit des Marxismus“ spricht man — und Schuß des Geldstrankes meint man. Die gesamte Reaktion auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete wird getrieben von der einzigen Sorge: Schwächung der Sozialdemokratie, auf daß der Kapitalismus, die Herrschaft der bestehenden Klassen wieder in allem Glanze erstahle.

Wehr dich, schaffendes Volk!

Wenn auch die Macht des Segners nicht mit einer Mahnmaße zu brechen ist, so kann ihm doch die stärkste Position sofort als Kampfesposten wertlos gemacht werden: die Presse. Brecht den Einfluß der bürgerlichen Presse auf die Arbeiterklasse, indem ihr alle Schaffenden der eigenen sozialdemokratischen Presse zuführt!

Es ist Werbeszeit! Wir müssen rüsten, um den verschärften Kämpfen gewachsen zu sein. Lässige Sommerruhe würde die Reaktion am Lebensrecht der Arbeiterklasse strafen. Neue Wahlen können plötzlich bevorstehen. Wichtigeres, Ueberbeures kann drohen. In ernster Stunde ergeht der Kampf um das gesamte schaffende Volk:

Macht eure sozialdemokratische Presse zum stärksten öffentlichen Machtfaktor!

Werbt Mitstreiter, werbt Leser für euer Blatt!

Die Mächte der Zerfetzung

Tolles Treiben im Reichstage — Aufkliegen der ersten Sitzung

Aus dem Reichstag schreibt uns der Sozialdemokratische Parlamentsdienst:

Die erste Sitzung des neugewählten Reichstages ist im Turm mult untergegangen. Der Alterspräsident, Genosse Bod, schloß sie, da er sich nicht mehr verständlich machen konnte, indem er den Hut aufsetzte und sich entfernte.

Die Sprengung der ersten Reichstagsitzung war ein Wert der Kommunisten, in der Fraktion gegen eine gemächliche Fingerheft beschlossen und nach sorgfältiger Reife und aller Raffinesse der Lausühleri in Szene gesetzt. Pfliffe und Blechkompetenzen mißachten sich mit den Mängeln der Internationale. Arme, beschämte Internationale!

Sie Rohheit der Kommunisten wirkte um so beschämender, als sie sich gegen den Alterspräsidenten des Reichstages, den im 79. Lebensjahre stehenden Genossen Bod, richtete, der mehr als ein halbes Jahrhundert in der Arbeiterbewegung steht. Ohne die schwehliche Bewunderung durch den Krieg wäre es gar nicht denkbar, daß jene Purtschen es überhaupt wagen können, die Stimme eines Greises, der durch sein hohes Alter zur Würde des Präsidenten berufen war, durch ihr Geheul zu überdauern. Und das wollen Arbeitervertreter sein! Arme, geschändete Arbeiterbewegung!

Herr Knoen, jetzt ein „Gemeindegärtner“, der sofort durch den „radikaleren“ Thaelmann öffentlich korrigiert wurde, behauptete, die Kommunisten seien erregt, weil sich einige Mitglieder ihrer Fraktion im Gefängnis befänden. Was dieser Erregung hat man nicht das geringste bemerkt, man hätte nur grählende Bißte, gelendes Geschlächer und sah freudig grinsende Gesichter. Da war keine Spur von Erregung, das war nur Schmierenskomödie.

Während die Kommunisten ihr Theater vorbereiteten, beschäftigte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in erster Veratung mit der Tatsache, daß ein Mitglied der völkischen Fraktion und fünf Mitglieder der Kommunisten durch Haft von den Reichstagsverhandlungen ferngehalten werden. Es gab nur eine Meinung darüber, daß der Reichstag in Wahrung des parlamentarisch-demokratischen Prinzips bei der ersten Geschäftsordnungsanhänglichkeit den Antrag der Freilassung seiner in Haft befindlichen Mitglieder beschließen müsse. Der Wortlaut der Geschäftsordnung läßt keinen Zweifel daran, daß diese erste Gelegenheit gegeben ist, sobald das Haus sich konstituiert und sein Präsidium gewählt hat. Die Beratung von Anträgen vor der Wahl des Präsidiums läßt die Geschäftsordnung nicht zu.

Sam es den Kommunisten wirklich darauf an, die verhafteten Abgeordneten frei zu machen, so wirken sie sich der Geschäftsordnung fügen und den sozialdemokratischen Vorschlag unterstützen. Wurde dieser Vorschlag angenommen, dann bestand Aussicht, daß sich tatsächlich eine Mehrheit für die Freilassung entfand. Denn Sozialdemokraten, Kommunisten und die durch den Fall Kriebel uninteressierten Völkischen verfügten zusammen über etwa 160 Stimmen, es genügt weniger als 90 Stimmen aus den andern Parteien, um den Antrag durchzubringen.

Daß aber der Reichstag sich nicht durch das Toben der Kommunisten zwingen lassen würde, die Freilassung schon vor der Präsidentenwahl zu beschließen, das wußten die Kommunisten sehr genau. Sie wollten nicht die Freilassung, sondern den Stand, und darum ließen sie über die Frage, ob über die Freilassung am Dienstag oder Mittwoch beschlossen werden solle, die erste Sitzung des Reichstages aufkliegen.

Es wird der grundsätzliche Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Politik und dem kommunistischen Treiben klar. Die Sozialdemokratie tritt für die Jumentität der Abgeordneten ein, weil sie die parlamentarische Demokratie als verfassungsmäßige Grundlage aufrechterhalten will. Die Kommunisten, die auf die parlamentarische Demokratie pfeifen, wollen die Jumentität dazu mißbrauchen, um den Parlamentarismus selber unmöglich zu machen.

So bleiben nur drei Möglichkeiten übrig. Die erste ist, daß sich die Mittel der Geschäftsordnung als stark genug erweisen, um die Arbeitsfähigkeit des Reichstages herzustellen und die Kommunisten zur Vernunft zu bringen. Die zweite ist, daß der Reichstag aufgelöst wird und daß die Arbeiter noch einmal vor die Frage gestellt werden, ob sie Kadawmacher oder Arbeitervertreter in den Reichstag schicken wollen. Gibt auch das nicht, dann ist der Parlamentarismus für Deutschland vorläufig erledigt und dann droht die Diktatur! Über weisen Diktatur? Gern gemäß nicht die von Werner Schölem und Ruth Fischer, sondern eine ganz andre, mit der die Kommunisten ihr blaues Wunder erleben werden.

Der Tag, an dem der zweite Reichstag der deutschen Republik eröffnet wurde, war ein schwarzer Tag für die deutsche Arbeiterklasse. Die Scham brennt einem auf der Stirn, wenn man denkt, daß es Arbeiter waren, die eine solche Horde hirscher Stanzalmacher zu ihren Vertretern gewählt haben. Diese Schande wieder auszulöschen, muß das Ziel aller sein, die die Ehre der deutschen Arbeiterbewegung wieder herstellen, ihre Zukunft aus den Händen unwürdiger, gewissenloser Vertreter befreien wollen.

Sitzungsbericht

1. Sitzung, 27. Mai, 8 Uhr nachm.

Unter großem Andrang und überfüllten Tribünen betreten die Abgeordneten den Saal, wobei jugendliche Kommunisten Gejohle erheben, sich treiben, Kabalpfleisen raufen und Möttria machen. Der folgende Bericht gibt nur ein schwaches Bild von dem tolenen Treiben und dem Ende unter Rabau.

Der Senior des Reichstages, der 79jährige Abg. Bod (Soz.) bezieht sich um 3/4 Uhr auf den Präsidentenstuhl, um als Alters-

präsident die Sitzung zu eröffnen. Als er beginnt: „Ich eröffne die Sitzung!“, rufen die Kommunisten unter Führung von Ruth Fischer fortwährend: „Deraus mit den politischen Gefangenen!“ Einige begleiten diese Rufe mit einer mehrstimmigen Autohupe. Abg. Schölem (Komm.) rufi: Sollmann laßt dazu! Die Kommunisten rufen: Pflui, Sollmann!

Abg. Kay (Komm.) geht dann zur Rednertribüne und verlangt, ohne eine Worterteilung abzuwarten, daß vor Eintritt in die Tagesordnung ein Antrag auf Befreiung der verhafteten Kommunistischen Abgeordneten angenommen werde. Aus seiner Rede ist ihm dem allgemeinen Börm wenig zu verstehen. Man hört nur einmal den Namen Lundenborff, der von den Kommunisten mit lärmenden Grundgebungen aufgenommen wird. Von den Nationalsozialisten kommen Schlußrufe. Einer rufi: Palästina soll derweilen! Als Abg. Kay seine Ausführungen beendet hat, klatschen die Kommunisten minutenlang mit den Händen.

Abg. Bod (Soz.) stellt dann fest, daß er am 28. April 1846 geboren und demnach als ältestes Mitglied Alterspräsident sei. Er bezieht als Schriftführer die Abgeordneten Dr. Philipp (Nat. Sp.), Frau Leusch (Sentz.), Eichhorn (Komm.) und Frau Kone Agnes (Soz.).

Abg. Dr. Philipp verliest als Schriftführer die Rufe der Abgeordneten zum Namensaufruf.

Jedesmal beim Aufruf eines verhafteten kommunistischen Abgeordneten rufen die übrigen Kommunisten: Deraus mit unren Gefangenen! Beim Aufruf des Fürsten Bis mark (Nat. Sp.) rufi Abg. Schölem (Komm.): Wehe dir, daß du ein Enkel bist! Als festgestellt wird, daß Abg. Dr. Preitsch (Soz.) fehlt, wird von den Kommunisten gerufen: Er ist auf Geschäftsreisen! Beim Aufruf des Abg. Dr. Emminger (Nat. Sp.) kommen von den Kommunisten Verbünschungen: Schuß! Da der Kerkermeister! Frau Schölke (Ruth Fischer) meldet sich mit dem Ruf: Hier troht Abteilung! Als der Name Lundenborff aufgerufen wird, klammern die Kommunisten minutenlang, Abg. Lundenborff (Nat. Sp.) nicht dazu fortwährend und gibt sich den Anschein, als ob er den Rärm als Quäldung aufasse. Abg. Schölem (Komm.) zeigt unter dem Geschlächer der Kommunisten die blaue Brille. Ein Nationalsozialist rufi: Judentammel! Beim Aufruf des Abg. Sebering (Soz.) rufen die Kommunisten: Wieder mit dem Ruckend, dem Verräter von Bielefeld! Dem Abg. Sollmann (Soz.) wird beim Aufruf seines Namens zugerufen: Sollmann, Sie sind noch nicht drüber bei den Völkischen! Beim Aufruf des Abg. Lipich (Nat. Sp.) machen die Kommunisten mit Strennpfeifen Rärm. Als der Aufruf mit dem Namen Schölem schließt, rufi Abg. Kemmels (Komm.): Da ist ein schöner Stall beisammen!

Alterspräsident Bod teilt als Ergebnis des Namensaufrufes mit, daß 449 Abgeordnete anwesend sind, der Reichstag also beschlußfähig sei.

Es wird dann eine ganze Reihe kommunistischer und nationalsozialistischer Anträge verlesen, in denen die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Reiche und in Bayern und die Freilassung der in Haft befindlichen Abgeordneten verlangt wird. Außer verschiedenen kommunistischen Abgeordneten ist der nationalsozialistische Abgeordnete Kriebel in Ost.

Abg. Kay (Komm.) verlangt die sofortige Beratung der Haftbefreiungsanträge. Er protestiert zugleich dagegen, daß im Vorraum des Sitzungssaales sich benachteiligte Polizisten aufhalten.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu den Haftbefreiungsanträgen. Viele Anträge könnten aber erst zur Abstimmung kommen, nachdem der Reichstag sich konstituiert und sein Präsidium gewählt habe.

Abg. Schölem (Komm.) verlangt sofortige Beratung der Anträge und protestiert gegen die Anwesenheit der Polizei im Saale.

Abg. Lehendach (Zentrum) verweist auf die Geschäftsordnung und hält es für unzulässig, daß vor der Wahl des Präsidiums solche Anträge beraten werden.

Alterspräsident Bod schließt sich dieser Meinung an und erklärt, auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung werde gestellt werden: 1. die Wahl des Präsidiums, 2. die Anträge auf Freilassung der verhafteten Abgeordneten.

Abg. v. Graefe (Nat. Sp.) widerspricht der Auffassung des Abg. Lehendach und beantragt, an die erste Stelle des morgigen Tagesordnungs die Haftbefreiungsanträge zu setzen.

Abg. Knoen (Komm.) beantragt außerdem noch, die Anträge auf Befreiung aller politischen Gefangenen, auf Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Verbotes der Ruten halbe vor der Wahl des Präsidiums zu erledigen.

Darauf tritt Abg. Thälmann (Komm.) an das Rednerpult. Er protestiert gegen die Polizei der Schieberrrepublik und schlägt mit einem Huch auf die politischen Gefangenen und auf die rote Internationale.

Die Mitglieder der kommunistischen Fraktion stimmen drum laut in die Hochrufe ein und sinnen hierauf eine Straube der Internationale.

Die Nationalsozialisten antworteten mit einer Straube der Deutschlandliedes. Viele Tribünenbesucher sängen mit. Die Kommunisten lärmen und pfeifen.

Nachdem der Alterspräsident den Hut aufgesetzt und seinen Platz verlassen hat, leert sich allmählich der Saal.

Am Mittwoch, 11 Uhr, findet die nächste Sitzung statt, auf deren Tagesordnung die Präsidentenwahl steht.

Das Treiben gegen die Arbeiterregierung

rn London, 28. Mai. (Mit. Draht.) Die heutige Debatte im Unterhaus über das Budget des Arbeitsministers Shaw wird sich voraussichtlich sehr kritisch gestalten. Die Oppositionen werden beantragen, das Budget heraus um 100 Pfund (3000 Goldmark) zu kürzen, was als Widerspruch gelten soll, und ein Teil der Liberalen wird zweifellos den Antrag unterstützen. Wahrscheinlich ist es ausgeschlossen, das Budget aufzulösen, wenn der Antrag angenommen werden sollte.